

USA laden den Iran zu Atomgesprächen ein

Washington. – Die USA und die anderen Mitglieder der sogenannten Sechsergruppe wollen den Iran zu Gesprächen über eine diplomatische Lösung des Atomstreits einladen. Wie die Vereinigten Staaten, Russland, China, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland gemeinsam mitteilten, soll der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana die Einladung überbringen. «Der Unterschied ist, dass die USA an den Diskussionen mit dem Iran von nun an teilnehmen werden», sagte ein Sprecher des US-Aussenministeriums.

Die anderen Mitglieder der Sechsergruppe begrüßten den von der neuen US-Regierung eingeleiteten Richtungswechsel. Präsident Barack Obama hatte wiederholt angekündigt, die festgefahrene Lage im Atomstreit durch direkte Gespräche mit dem Iran aufbrechen zu wollen. Bilaterale Verhandlungen hatten die USA bislang verweigert. Die Sechsergruppe hat bislang erfolglos versucht, den Iran zur Einstellung seiner Urananreicherung zu bewegen. (Reuters)

Piraten nehmen Frachterkapitän als Geisel

Nairobi. – Somalische Piraten haben den Kapitän eines amerikanischen Frachters als Geisel genommen. Zuvor hatten die Seeräuber das Schiff mit Hilfsgütern für Afrika gekapert, waren aber von der Besatzung zurückgeschlagen worden. «Sie wollen Lösegeld für unseren Kapitän, und wir versuchen, ihn zurückzubekommen», sagte der Zweite Maat des Frachters «Marsker Alabama», Ken Quinn, dem Fernsehsender CNN. «Wir hatten einen Piraten und halten ihn zwölf Stunden lang fest. Dann haben wir ihn ausgehändigt. Aber sie haben den Kapitän nicht zurück gegeben.» Der 17 000-Tonnen-Frachter gehört der dänischen Reederei A.P. Møller-Maersk und war unter US-Flagge unterwegs. (AP)

Massenprotest gegen Regierung in Thailand

Bangkok. – Bei der bislang grössten Demonstration gegen Thailands Regierungschef Abhisit Vejjajiva, haben am Mittwoch über 60 000 Demonstranten das Zentrum der thailändischen Hauptstadt Bangkok lahmgelegt. Sie forderten den Rücktritt des Regierungschefs. Die wegen ihrer roten Kleidung auch «Rothemden» genannten Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra versammelten sich vor dem Regierungssitz. «Holt Thaksin zurück, werft Abhisit raus», riefen die Demonstranten. Thailand ist weiterhin tief gespalten: Der gestürzte Thaksin verfügt bei der armen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten im Norden und Nordosten über grossen Rückhalt. (SDA)

Iran klagt US-iranische Journalistin an

Teheran. – Eine US-iranische Journalistin ist im Iran wegen Spionage angeklagt worden. Sie habe die Anklage akzeptiert, wurde der stellvertretende Generalstaatsanwalt zitiert. Die in den USA geborene 31-jährige Roxana Saberi arbeitete als freie Journalistin für die britische BBC, das öffentliche US-Radio NPR und andere Medien. Sie wurde im Januar unter dem Vorwurf verhaftet, sie habe im Iran gearbeitet, obwohl ihre Presse-Akkreditierung abgelaufen gewesen sei. Spionage kann im Iran mit dem Tod bestraft werden. Die USA fordern die Freilassung Saberis. (Reuters)



Das Video zeigt angeblich Ian Tomlinson kurz vor seinem Tod. Er wird von einem verummten Polizisten von hinten zu Boden geworfen.

Video bestätigt Attacke eines Polizisten

Der Tod eines Mannes während der G-20-Demos in London wirft immer neue Fragen auf. Politiker fordern jetzt rasche Antworten.

Von Peter Nonnenmacher, London

Die britische Innenministerin Jacqui Smith hat die Londoner Polizei aufgefordert, Ergebnisse ihrer Ermittlungen zum Fall Ian Tomlinson «schnellstmöglich» vorzulegen. Tomlinson war der 47-jährige Kioskbesitzer, der während der G-20-Kundgebungen in der Londoner City von Polizisten zu Boden gestossen und möglicherweise auch mit Knüppeln geschlagen worden war – und wenige Minuten später einem Herzschlag erlag. Der Fall ist mittler-

weile zum Politikum geworden, nachdem immer mehr Zeugen die Attacke mindestens eines Polizisten auf Tomlinson bestätigt hatten. Ein dem Londoner «Guardian» zugespieltes Video zeigt in aller Deutlichkeit, wie der betreffende behelmte und verummte Polizist den Mann zu Boden wirft, obwohl der, beide Hände in den Hosentaschen, sich von ihm entfernt. Weiter zeigt das Video, wie zwei Demonstranten dem am Boden liegenden Mann wieder auf die Beine helfen, während eine Gruppe Polizisten unbeeindruckt zuschaut.

Der Vorfall sorgt für Empörung, weil die Polizei zunächst nur ihre eigenen Bemühungen zur Wiederbelebung Tomlinsons herausgestrichen hat. Kritiker haben der Polizei inzwischen vorgeworfen, die Öffentlichkeit mit jener Verlautbarung bewusst irreführt zu haben. Kurz nach dem Vorfall war auch der Eindruck er-

weckt worden, Tomlinson sei an den Demos beteiligt gewesen. Die Familie des Toten verlangt nun Aufklärung, während Britanniens Politiker sich darüber streiten, ob eine amtliche Untersuchung erforderlich sei. Im Augenblick ist lediglich die Polizei selbst, im Auftrag der unabhängigen Beschwerdestelle der Polizei, mit den Nachforschungen beschäftigt. Von diesen Ergebnissen wird es abhängen, ob der Fall an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet und Anklage erhoben werden soll.

Neugieriger Geschäftsmann

Das Video hat ein Fundmanner aus New York gedreht, der sich die Proteste aus reiner Neugierde hatte ansehen wollen. Er erklärte, er sei mit der Aufnahme an die Öffentlichkeit gelangt, «weil klar wurde, dass die Familie (Tomlinsons)

keine Antworten erhielt». Tomlinsons Witwe Julia hat jetzt die volle Aufklärung der Vorgänge verlangt, «weil unsere Kinder wissen müssen, was mit ihrem Vater geschah». Und die Liberale Partei forderte die sofortige Einleitung eines Verfahrens.

Dagegen verteidigte der Chef des Verbandes Londoner Polizisten, Peter Smyth, die betroffenen Kollegen. «An einem Tag wie diesem, an dem einige Demonstranten wild entschlossen sind, so viel Unheil wie möglich anzurichten, ist die eine oder andere physische Konfrontation unvermeidlich.» Londons Polizeipräsident Sir Paul Stephenson stimmte aber der Notwendigkeit «vollständiger Ermittlungen» zu.

Video zur Polizeiaffäre am G-20-Gipfel in London.

IM BRENNPUNKT: DIE VERURTEILUNG VON PERUS EX-STAATSCHEF

Das Ende der Straflosigkeit

Mit Alberto Fujimori ist erstmals ein demokratisch gewählter Präsident wegen Menschenrechtsverletzung verurteilt worden. Das Verdikt könnte Signalwirkung haben.

Von Hans Moser, Buenos Aires

Angehörige von Opfern sowie nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen verhehlen ihre Genugtuung über den Schuldspruch gegen Fujimori nicht. 25 Jahre Haft für das ehemalige Staatshaupt bedeuten in ihren Augen einen Sieg der Gerechtigkeit über eines der Krebsübel fast aller lateinamerikanischen Gesellschaften: die Straflosigkeit. «Es handelt sich um eines der wichtigsten Urteile seit langem», so ein Sprecher von Amnesty International. «Das Gericht hat ganz klar die strafrechtliche Verantwortung des früheren Präsidenten festgestellt. Es ging davon aus, dass er als Mann an der Spitze des Machtapparats genau Bescheid wusste über die Einsätze von Todesschwadronen und damit der indirekte Urheber der Massaker ist.»

Die meisten Kommentatoren heben die internationale Bedeutung des Verdikts hervor. Die Richter in Lima, frohlocken sie, hätten aller Welt demonstriert, dass selbst ehemalige Staatschefs nach einem

schweren Verbrechen nicht ungeschoren davonkommen. Wie weit die Verurteilung von Fujimori, der Peru von 1990 bis 2000 regierte, tatsächlich auch die Rechtsprechung in anderen lateinamerikanischen Ländern beeinflussen und damit mehr als bloss symbolische Wirkung haben wird, lässt sich im Augenblick schwer abschätzen. Heute bekennen sich zwar sämtliche Regierungen der Region ausdrücklich zu den Menschenrechten, es hapert aber praktisch überall mit ihrer Durchsetzung. In Brasilien oder Chile ebenso wie in Venezuela, Argentinien oder Kolumbien, um nur einige Beispiele zu nennen.

«Versöhnung» statt Aufarbeitung

Viele schwere Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsverbrechen, die während der Militärdiktaturen in Mittel- und Südamerika begangen wurden, blieben bis heute weitgehend ungestraft. Bei der Ablösung der autoritären Regimes wurden unter dem Deckmantel einer «nationalen Versöhnung» vielfach Amnestiegesetze erlassen; frühe Bemühungen um eine staatliche Strafverfolgung scheiterten an einer Politik der Straflosigkeit. In den letzten Jahren haben einzelne Regierungen einen Anlauf genommen, die Vergangenheit doch noch juristisch aufzuarbeiten zu lassen. So wurden etwa unter dem peruanischen Präsidenten Néstor Kirchner in Argentinien die Amnestiegesetze aufgehoben. Die Verfahren gegen ehemalige Schergen der Militärdiktatur kommen je-

doch nur sehr schleppend voran. Noch schwieriger als bei Menschenrechtsverletzungen ist es bei Korruption, die Schulden zur Rechenschaft zu ziehen. Wohl wurden in den vergangenen Jahren gegen mehrere ehemalige Staatschefs Verfahren eingeleitet – beispielsweise gegen den argentinischen Ex-Präsidenten Carlos Menem (1989–1999), den Paraguer Luis Angel González Macchi (1999–2003) und nicht weniger als fünf frühere ecuadorianische Staatschefs. Im Unterschied zu Fujimori musste jedoch keiner von ihnen ins Gefängnis.

Wird das Verdikt von Lima an dieser Praxis etwas ändern? Müssen künftig Staatschefs, die ihr Mandat in erster Linie dazu missbrauchten, mit illegalen Machenschaften ihren persönlichen Reichtum zu mehren, damit rechnen, nach ihrem Rücktritt hinter Gittern zu landen? Allzu gross dürfte dieses Risiko auch nach der Verurteilung von Fujimori nicht sein. Bestechung und Klientelwesen sind nach wie vor ein fester Bestandteil des politischen Systems in Lateinamerika – in den Ländern mit linken Regierungen genauso wie in jenen, in denen die Konservativen an die Hebeln der Macht sitzen. Dieser Missstand ist tief verwurzelt – auch im Bewusstsein der Bevölkerung – und lässt sich darum nur schwer beseitigen. Aber vielleicht haben die Mächtigen in der Region den Schuldspruch gegen Fujimori zumindest als ein Warnsignal verstanden. In diesem Fall könnte man wirklich von einem historischen Urteil reden.

Italien gedenkt der Bebenopfer

L'Aquila. – Italien gedenkt am Karfreitag der mehr als 260 Menschen, die bei dem Erdbeben in der Region Abruzzo ihr Leben verloren haben. Der Trauergottesdienst wird von Giuseppe Molinari geleitet, dem Bischof der zu grossen Teilen zerstörten Stadt L'Aquila. Papst Benedikt XVI. will das Katastrophengebiet nach Ostern besuchen.

Nach dem Erdstoss der Stärke 6,3 versetzten weitere Nachbeben in L'Aquila und Umgebung die Bewohner in Angst. Ministerpräsident Silvio Berlusconi sagte, in den betroffenen Ortschaften sei es zunehmend zu Plünderungen gekommen. Die Regierung bereite für solche Fälle eine Verschärfung der Strafen vor.

Berlusconi «lockert Stimmung auf»

Für Verwunderung sorgte Berlusconi mit seiner Bemerkung, dass die Unterbringung von obdachlos gewordenen Bewohnern wie ein Camping-Ausflug sei. Bei einem Treffen mit Betroffenen sagte der Regierungschef, sie sollten einfach an den Strand fahren. Die Regierung werde für die Hotelkosten aufkommen. Vor Journalisten sagte Berlusconi, er habe die Stimmung etwas auflockern und dem Pessimismus entgegenwirken wollen. Von den 27 700 Obdachlosen sind nach Angaben Berlusconi 17 700 in Zeltlagern untergebracht und 10 000 in Hotels entlang der Küste. Von den in Krankenhäusern behandelten Verletzten befinden sich etwa 100 in ernstem Zustand. (AP)

KOLUMNE

Der Leim war eigentlich für die Kunstlehrerin gedacht

Von Jacqueline Hénard, Paris

Charmant, der Nachwuchs, und ausserordentlich kreativ. Die Kunstlehrerin ist schon seit Jahren die Lieblingsfeindin der Klasse, die nicht einsehen will, warum sie immer nur Bilder abmalen soll. Nachahmung ist stillbildend, beharrt Madame G. und lässt die Kids nach Kandinsky und Picasso (kubistische Periode) einen Mondrian nachzeichnen, schwarze Linien und Rechtecke in Primärfarben. Damit ist die Fantasie eines 14-jährigen nicht ausgelastet, von der kollektiven Erfindungsgabe von 28 Halbwüchsigern ganz zu schweigen. Die Klasse beschliesst also, der verhassten Kunstlehrerin ein-

nen Streich zu spielen und leert vor dem Kurs eine Tube Klarsichtkleber auf ihren Stuhl. Dummerweise kommt dann allerdings nicht Madame G. durch den Türrahmen, sondern die stellvertretende Schuldirektorin, die erst am Ende der Stunde merkt, warum ihr Publikum anfangs so nervös kichert.

Ach, die liebe Jugend. Die Klasse meines Sohns hat vor etwa zwei Jahren beschlossen, den lästigen Teil der Schulzeit zu ignorieren, indem sie das Arbeiten einstellt. Alle 28 gehen weiterhin jeden Morgen ins College. Zu Hause und im Bus sind sie höflich, decken den Tisch ab, überlassen alten Damen ihren Platz und treffen immer pünktlich auf dem Schulhof ein. Das machen sie gerne,

schliesslich treffen sie dort ihre Klassenkameraden, die sie mögen. Dann passiert lange Zeit nichts, was Erwachsenen gefällt. Sie reisen sich nicht darum, die Mathematik-Hausaufgabe an der Tafel vorrechnen. Die Lateinvokabeln hat wieder keiner gelernt, und der Französischunterricht verstreicht, ohne dass sie hinterher sagen könnten, was das Thema des Tages war. Das zweite Quartal endete mit der Drohung, die Hälfte der Klasse werde sitzen bleiben. Mein Sohn hat es knapp in die andere Hälfte geschafft.

So weit, so gut. All das ist noch nicht besonders Französisch. Auch die helle Erregung der Eltern nicht. Sehr Französisch hingegen ist die sprachlose Feindseligkeit drum herum. Zwei Jahre lang hat die Schule den Eltern gegenüber nämlich mit keinem Wort zu erkennen gegeben, dass es in der Klasse vielleicht ein Problem geben könnte. Das ist ein Rest des republikanischen Egalitarismus: Wer nicht arbeitet, hat es nicht besser verdient. Erklärungen, Anregungen, Ermütigungen und anderen pädagogischen Schnickschnack



gibt es nicht in einer französischen Schule. Interessanterweise wendet die Schule das Prinzip auch zu ihrem eigenen Schaden an; Eltern richten sich bei der Schulwahl nach den alljährlich veröffentlichten Erfolgsstatistiken, die genau aufzeigen, welche Schule wie viele Schüler mit Prädikat durch die zentral abgenommenen Prüfungen schleust. Ein schlechter Jahrgang verhält die Statistik und somit die Chancen, leistungsstarke Schüler anzuziehen.

Der Umgangston unter den Eltern, die per Mail untereinander auszuklämüsen versuchen, wann die ganze Chose angefangen hat und wie man das Schuljahr am besten rettet, ist verschwörerisch. Die lieben Kleinen haben, wenn ich die verschiedenen Zeichen richtig deute, zu Hause derzeit wenig zu lachen, und die Ferien werden wohl weniger lustig, als mancher sich das wünschen würde. Gleichzeitig verweigert die Schuleitung konsequent jedes Gespräch. Die Elternsprecher, eine Managerin aus der Aluminiumindustrie und eine Wirtschaftswissenschaftlerin, fordern seit nunmehr vier Wochen vergebens einen Termin. Die Lage ist total blockiert. Wie unter dem Mikroskop lässt sich anhand dieser einen Schulklasse eine Grundschwäche der französischen Gesellschaft beobachten: die Schwierigkeit, Konflikte vorzubauen, miteinander zu reden und Kompromisse zu finden anstatt die Fronten zu verhärteten. Nach Ostern werden wir weitersehen.